

Offener Brief der

Bielefelder Initiative für das Recht auf Gesundheit und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten (BIGU)

- **an die Landesregierung NRW,**
- **die Bezirksregierung Detmold,**
- **den Bielefelder Oberbürgermeister und**
- **das Bielefelder Gesundheitsamt**
- **und Presse**

Bielefeld, den 24.4.2020

Als Bielefelder Initiative, die sich für eine angemessene Gesundheitsversorgung und Unterbringung von Geflüchteten in Bielefeld einsetzt, wenden wir uns an Sie. Denn im derzeitigen Umgang sehen wir eine besorgniserregende Gefährdung von vulnerablen Personengruppen und ein eklatantes Risiko von in Sammel- und Massenunterkünften zu wohnen verpflichteten Menschen in der Corona-Pandemie.

Nachdem Anfang April in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) der Bezirksregierung Köln erste Fälle von Corona auftraten, ist wie befürchtet vor 2 Wochen auch in der Bielefelder Erstaufnahmeeinrichtung Oldentruper Hof Corona ausgebrochen. Nach dem Bekanntwerden der ersten positiv getesteten Corona-Infektionen in der Einrichtung, in welcher sich zwischenzeitlich 338 Personen befanden, hat sich das Virus rasant unter den Bewohner*innen verbreitet. Fast 50 Personen sind derzeit infiziert. Die ganze Einrichtung steht unter Quarantäne, weitere Ansteckungen sind nicht auszuschließen. Zum Glück ist in der anderen Bielefelder Landesunterkunft am Südring mit derzeit 239 Bewohner*innen bislang noch keine Infektion bekannt geworden. Unter den gegenwärtigen Unterbringungsbedingungen ist dies jedoch nur eine Frage der Zeit.

Quarantäne in der Sammelunterkunft bedeutet, dass keine*r der über 300 Bewohner*innen das Gelände der Einrichtung verlassen darf. Infizierte Personen und zeitweilig auch negativ getestete Menschen werden in ihren Zimmern isoliert. Unter ihnen sind auch Familien mit Kindern, die nun tage- bzw. wochenlang in einem einzigen Zimmer ausharren müssen, mit kaum Beschäftigungsmöglichkeiten, ohne Möglichkeit sich zu bewegen oder an die frische Luft zu gehen. Besonders für die Kinder und psychisch belastete, traumatisierte Personen ist das unerträglich! Isolation unter solchen Bedingungen darf nicht sein!

Diese Corona-Infektionen in der Landeseinrichtung Oldentruper Hof waren vorhersehbar und bestätigen leider in dramatischer Weise frühe Warnungen. Schon zu Beginn der Corona-Krise in Deutschland wiesen zahlreiche Berichte, offene Briefe und Pressemitteilungen aus den verschiedenen Bundesländern und Kommunen auf die Gefährdung und das schnelle Krankheitsausbreitungsrisiko in Massenunterkünften für Geflüchtete hin und forderten zu schnellem Handeln auf.

Denn es ist bekannt, dass in den Einrichtungen die Menschen in Mehrbettzimmern untergebracht sind, dass sie durch Kantinenessen versorgt werden, dass i. d. R. Gemeinschaftssanitäranlagen zu nutzen sind.

Unter den Bewohner*innen befinden sich auch Personen der Risikogruppen, für die bei einer Corona-Infektion mit einem schweren Krankheitsverlauf zu rechnen ist. Mehrere hundert Personen wohnen in den Einrichtungen. Es ist und war offensichtlich, dass Abstand halten hier nicht möglich ist!

Am 22.04.2020 hat das Verwaltungsgericht Leipzig dem Antrag eines Asylbewerbers auf vorläufigen Rechtsschutz stattgegeben. Die Wohnpflicht in Aufnahmeeinrichtung ist zu beenden, wenn Mindestabstand nicht eingehalten werden kann!

Bundes- und landesweit wurden zahlreiche Proteste von Geflüchteten sowie Forderungen und Appelle laut, Schutzmaßnahmen für Geflüchtete wie für andere vulnerable Gruppen zu treffen. Doch anstelle einer angemessenen Entzerrung oder gar Auflösung der Massenunterkünfte bestand eine der ersten Reaktionen des zuständigen Ministeriums für die Erstaufnahme Geflüchteter in NRW darin, Zuweisungen aus den Landesunterkünften zu stoppen. Eine Regelung, die dazu geführt hat, dass die Einrichtungen noch voller werden und die Situation für die dort Lebenden noch beengter. Das für den Rest der Bevölkerung geltende „social distancing“ ist dort verunmöglicht. Auch die Erstaufnahmeeinrichtungen in Bielefeld sind seit dem Zuweisungs- und Verlegungsstopp deutlich stärker belegt.

Einmal mehr wird deutlich, wie die gesetzlich geschaffene, immer weitere Ausweitung von Massenunterbringung in Sammelunterkünften für Geflüchtete Gesundheit gefährdet und gleiche Rechte verhindert, besonders in der aktuellen Situation. Trotz des Wissens, dass derartige Wohn- und Lebensverhältnisse eine Gefahr für die dort lebenden Menschen durch eine massenhafte Ansteckung mit dem Coronavirus bedeuten, wird vor Ort nur langsam unter dem Druck der Ereignisse reagiert, statt vorab verantwortungsvoll zu planen. Das Anmieten der Jugendherberge ist ein erster wichtiger Schritt zur Entzerrung, löst jedoch das Grundproblem einer Sammelunterbringung mit erhöhtem Ansteckungsrisiko nicht. Schon längst und weiterhin notwendig wären kreative und vor allem schnelle Lösungen, wie die vorübergehende Nutzung leerstehender Hotels oder Gebäude in der Stadt, z.B. die Siedlung der ehemaligen britischen Streitkräfte.

Zudem könnten schnelle und unkomplizierte Besuchsregelungen die Belegung und somit das Ansteckungsrisiko in den Unterkünften sehr schnell reduzieren und die Situation ohne viel Aufwand verbessern. Von den untergebrachten Personen haben einige Familienangehörige, die gerne bereit sind, ihre Angehörigen bei sich zu Hause aufzunehmen.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten, die wir nur solidarisch meistern können, sollte Solidarität keine Grenzen kennen. Dies zeigt etwa die Initiative [LeaveNoOneBehind!](#) der Bewegung Seebrücke, welche die sofortige Evakuierung aller Menschen aus den überfüllten Lagern an der EU-Außengrenze fordert. Und auch innerhalb Deutschlands, auch in Bielefeld muss es gelten, keine*n

zurückzulassen. Dies gilt auch für Geflüchtete in den beengten (Massen-)unterkünften, für illegalisierte Menschen und Menschen, wie z.B. Obdachlose, die in anderer Weise wenig Schutz in ihrer sozialen Situation haben.

Unsere Forderungen für Bielefeld:

- **Adäquate Gesundheitsversorgung für alle! Eingliederung in die gesetzliche Krankenversicherung unabhängig vom Aufenthaltsstatus!**
- **Besonderer Schutz von Geflüchteten, die zu den Risikogruppen gehören!**
- **Dezentrale Unterbringung der Bewohner*innen von Aufnahmeeinrichtungen und großen Gemeinschaftsunterkünften! Vermeidung größerer Quarantänelager!**
- **Schaffung kleinerer Wohneinheiten durch Nutzung aller Optionen leerstehender Räumlichkeiten wie Hotels, britische Wohnungen und andere Gebäude!**
- **Wohnverpflichtung in Aufnahmeeinrichtungen beenden!**
- **Schnelle und unbürokratische Erteilung von langfristigen Besuchserlaubnissen an Personen in Landesunterkünften, die bei Familienangehörigen unterkommen können und wollen!**
- **Beim Auftreten weiterer Infektionsfälle: Information und Transparenz sicherstellen, Persönlichkeitsrechte achten, Zugang zu zeitnaher Diagnostik und Tests!**
- **Psychosoziale und rechtliche Beratung von Geflüchteten sicherstellen!**
- **LeaveNoOneBehind, auch in Bielefeld!**

Bielefelder Initiative für das Recht auf Gesundheit und dezentrale Unterbringung,
24.4.2020

weitere Unterstützer*innen des offenen Briefs:

- MediNetz Bielefeld
- Ökumenisches Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen
- AK Interdisziplinäre Flüchtlingsarbeit
- IMAG e.V.
- AK Asyl e.V.
- Seebrücke Bielefeld
- No Stress Team
- Arasgui e.V.
- IBZ e.V.

später hinzugekommen:

- Sozialforum Bielefeld
-